

Der Verband Deutscher Studenten (VDS) beansprucht seit dem Tage seiner Geburt, der in das Gründungsjahr der westdeutschen Bundesrepublik fällt, das Recht für sich, Interessenvertreter der Studentenschaft ganz Deutschlands zu sein. Mit dieser Übertragung der Hallsteindoktrin auf den Hochschulbereich setzte der VDS Richtpunkte zukünftiger Politik, deren Auswirkungen es nach 15 Jahren zu untersuchen gilt.

Um es vorweg zu nehmen, die Politik des VDS ist als Komponente zweier, aufeinander einwirkender Faktoren aufzufassen: dem Willen und Wollen der VDS-Führung, die antinationale CDU-Konzeption in Bereichen der Studenten- und Hochschulpolitik bedingungslos durchzusetzen, und dem Kampf der demokratischen Kräfte unter den Studenten und im Hochschulbereich, eine reale, das heißt, auf die nationalen Erfordernisse, die soziale und politische Lage der westdeutschen Studentenschaft und die Demokratisierung der westdeutschen Universitäten orientierte Politik zu betreiben.

Nur angesichts des sich entwickelnden Kräfteverhältnisses und der aufeinander wirkenden politischen Tendenzen können die vielschichtigen Probleme der VDS-Politik mit all ihren taktischen Wendungen und verborgenen Zielen erfaßt und verstanden werden.

Was kennzeichnet die VDS-Politik der letzten 15 Jahre, welches sind die politischen Richtpunkte, nach denen sie sich orientiert hat?

Die antinationale Grundkonzeption des VDS hat zwei bemerkenswerte Erscheinungsformen. Der VDS war von Anfang an bemüht, die politischen Grundfragen, die sowohl die politische Entwicklung der westdeutschen Universitäten, aber vor allem die nationalen Belange, die restaurativen Tendenzen in Westdeutschland und die Frage nach der Erhaltung des Friedens als Beitrag zur allgemeinen Entspannung in der Welt betrafen, außerhalb des Gesichtskreises westdeutscher Studentenschaft zu halten.

Das betrifft auch die Stellung des VDS zur atomaren Aufrüstung in Westdeutschland. Seit es auf der 10. Mitgliederversammlung (1968) den sich in der Mehrheit befindenden CDU-Vertretern gelang, die Diskussion über die Stellung der Studenten zur atomaren Aufrüstung mit dem Hinweis zu besetzen, daß dem VDS als politisch neutraler Studentenorganisation eine Entscheidung zu dieser Frage nicht zustünde, fehlt noch bis heute eine Stellungnahme des VDS zu dieser so lebenswichtigen Frage.

Die gleiche Haltung nimmt der VDS zu den anderen wichtigen Grundfragen in Westdeutschland ein, wie Notstandsgesetzgebung, Revanchismus, Abbau der bürgerlichen Demokratie usw.

Während die innenpolitische Konzeption des VDS auf die politische Entmündigung der Studenten gerichtet ist, liegen die Hauptakzente der außenpolitischen Konzeption des VDS nach wie vor darauf, die Studentenschaft in Westdeutschland in eine antikomunistische Front gegen die DDR zu bringen.

Im Zusammenhang mit der Gründung der westdeutschen Bundesrepublik brach der VDS alle Kontakte zu den Studentenvertretern der DDR ab. Er bildete das Amt für gesamtdeutsche Fragen „als Kernstück“ der VDS-Politik. Dieses Amt hatte nach den Ausführungen des VDS-Vorsitzenden Krappmann (16. Mitgliederversammlung 1964) die Aufgabe, „Informationen zu sammeln“, Verbindungen zu Studenten und Professoren herzustellen und über ihre Verbindungsleute das politische Leben der Studenten in der DDR zu beeinflussen.

Diese Methoden des Amtes für gesamtdeutsche Fragen, die bis zum 13. August 1961 angewandt werden konnten, erinnern uns an die Praktiken des Lemmer-Ministeriums und bundesdeutscher Nachrichtendienste. Unter Ausnutzung der offenen Grenze, bei Ablehnung jeglicher Kontakte und offizieller Gespräche mit der Studentenschaft der DDR, versuchten sie durch Anwendung der Hallsteindoktrin die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse an den Universitäten und Hochschulen der DDR zu unterwühlen, um damit einen Beitrag zur Liquidierung der DDR zu leisten.

Krappmann schätzte das „Kernstück“ der VDS-Politik jener Zeit auf der 16. Mit-

Zwei Seelen wohnen, ach, in seiner Brust

Eine Bilanz über 15 Jahre VDS-Politik / Aufgenommen von Otto Seifert

gliederversammlung so ein: „Solange man einen von allein erfolgten Zusammenbruch des kommunistischen Systems in der Zone erwartete oder auf ein durch westliche Stärke zu erzwingendes Roll-back hoffte, konnte man es sich leisten, mit östlichen Studentenvertretern nicht zu sprechen.“ Er gibt es auch selbst zu, daß diese Politik bis zum 13. August verfolgt werden konnte. Von dieser Sicht zeigt sich ebenfalls, daß die offizielle Politik, die sich auf der Linie der Adenauer-Politik bewegte, in ihrem Wesen antinational und damit zum Scheitern verurteilt war.

Die Maßnahmen unserer Regierung löten einen Prozeß des Umdenkens in gewissen Kreisen der Bundesrepublik aus. Das brachte den VDS in eine sehr komplizierte Lage. Einerseits konnte er die Bestrebungen der Studenten nach einer realen Umformung und der Verschärfung der Beziehungen zu der Studentenschaft des sozialistischen Lagers und dabei besonders zur DDR nicht wie bisher ignorieren. Andererseits versuchten die führenden Vertreter des VDS, wie auch Erhard und Schröder, ihre alte Politik unter den neuen Bedingungen fortzusetzen. Die offiziellen Personen des VDS äußerten sich niemals zur MLF, übernahmen aber die Erhard'sche Taktik der „Umarmung der DDR“, indem sie Verbindungen zu der Studentenschaft der sozialistischen Länder anstrebten.

Jedoch schon bei der Auswertung ihrer neuen Linie auf der 16. Mitgliederversammlung 1964 machte sich bemerkbar, daß ihre Konzeption an der Einheit des sozialistischen Lagers scheiterte. Großen Raum nahm im VDS die Diskussion um die Stellung zur FDJ ein. 1963 kam es dann zur Billigung von Kontakten zur FDJ als offiziellen Vertreter der Studenten der DDR. Dieser Beschluß spiegelt in gewissen Grenzen das sich verändernde Kräfteverhältnis wider und den gesteigerten Druck der demokratischen Kräfte unter den Studenten. Andererseits ist es charakteristisch, daß in der letzten Zeit die Korporationen und die rechten studentischen Verbindungen in der Führung des VDS an Einfluß gewinnen.

In einem Resümee zur 16. Mitgliederversammlung in „Deutsche Universitätszeitung“ 4/64, wird z. B. darauf hingewiesen, daß durch einige Beschlüsse der Korporationen an den westdeutschen Universitäten endgültig durch den VDS Tür und Tor geöffnet werden, indem die Grundhaltung der Korporationen, die sich auf Ethik, Ideologie, Revanchismus und Antikomunismus gründet, als ein für die Demokratie wertvoller Bildungsbeitrag bezeichnet wird.

Der Einfluß der regierungsoffiziellen Politik und der rechten Führung des VDS kommt darin zum Ausdruck, daß die unter den neuen Bedingungen gebilligten Kontakte zu den Vertretern der DDR ausgenutzt werden sollen, um in unserer Republik zu „liberalisieren“, d. h. aufzuweichen und im Ergebnis das alte Ziel, die DDR zu liquidieren, mit neuen Formen und Methoden anzustreben. Diese Konzeption des VDS ist genau wie die vor dem 13. August zum Scheitern verurteilt, weil sie von unrealen Voraussetzungen ausgeht. Daraus ergibt sich die Verantwortung der demokratischen Kräfte unter der westdeutschen Studentenschaft, zur FDJ und den Studenten der DDR, echte sachliche Beziehungen herzustellen und die alten unrealen Ziele über Bord zu werfen.

Der VDS ist, obwohl er sich als demokratische Organisation ausgibt, eine Zwangsorganisation. Alle Studenten Westdeutschlands, die an einer Universität oder Hochschule studieren, werden automatisch Mitglieder des VDS. Den Studenten ist diese Tatsache zum großen Teil unbekannt. So klagt in der „Deutschen Univer-

sitätszeitung“ 3/64 G. Meier darüber, daß von 800 Bewerbern für ein Auslandsstudium, die nach Meinung des VDS „als junge Botschafter der Bundesrepublik“ in den betreffenden Ländern auftreten sollen, 95 Prozent nicht wollten, daß sie Mitglied des VDS waren und einige von diesen „jungen Botschaftern“ die Abkürzung VDS mit Verband Deutscher Soldaten übersetzten.

Die Hochschulpolitik des „einigen rechtmäßigen Vertreters der Studentenschaft“ hat erwiesen, daß sich bisher an den westdeutschen Universitäten nichts Wesentliches im Interesse der Studenten verändert hat. An den Universitäten fehlen Studienplätze und Lehrkräfte. Es wird über Überfüllung der Universitäten geklagt, und die Lebenshaltungskosten der Studenten steigen ständig. Die Ausbildung entspricht zumeist nicht den Anforderungen der Praxis. Die Lage wird selbst von VDS-Funktionären als katastrophal eingeschätzt.

Die seit 1945 notwendige Hochschulreform ist bis heute ausgeblieben. Alte Nazis lehren immer noch und besitzen an den westdeutschen Universitäten eine sichere Position. Zu ihnen gesellen sich jüngere Kräfte im Lehrkörper, die sich auf die Position der aggressiven Bonner Politik begeben haben. Das Bildungsprivileg besteht in Westdeutschland weiterhin.

Nach Prof. Dahrendorf (Die Zeit, Nr. 25/64) ist jeder zweite Erwerbstätige der Bundesrepublik Arbeiter; von ihnen studieren jedoch nur fünf Prozent an den Universitäten. Auf der anderen Seite kommen aus den „oberen ein Prozent“, „nicht viel weniger als ein Viertel aller Universitätsstudenten.“

Die 15 Jahre Politik des VDS bewirkten keine inhaltlichen oder auch nur strukturellen Veränderungen an der westdeutschen Universität (außer einigen Teilerfolgen auf ganz bestimmten Gebieten der Sozialpolitik). Nur eines wurde offensichtlich erreicht: die westdeutsche Universität ist zur konservativsten in Westeuropa geworden.

In den Jahren nach der Gründung der DDR, als bei uns die Demokratisierung der Hochschulen konsequent fortgeführt wurde, richtete der VDS in seiner Propaganda unzählige Verleumdungen gegen unseren Staat. Heute, im Jahre 1964, unter dem Einfluß des Bildungssystems der DDR und des sozialistischen Lagers sowie unter dem Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution und den Veränderungen an den Hochschulen der westeuropäischen Länder fordert der VDS eine Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens der Bundesrepublik. Natürlich ist das auch das Ergebnis des Kampfes der demokratischen Kräfte in Westdeutschland. Diese Forderungen des VDS enthalten wesentliche Elemente einer Hochschulpolitik, die in der DDR bereits vor 15 Jahren realisiert wurden.

Es gibt eine Reihe von Gutachten des VDS über die Verhältnisse an den Hochschulen der Bundesrepublik und über die Lage der Studenten, die viele realisierbare Gedanken enthalten. Aber diese Ideen lassen sich nur verwirklichen, wenn der VDS sich konsequent für eine demokratische Hochschulreform einsetzt und alle Studenten dafür mobilisiert. Das „ferne Land“, das im Geiste einiger westdeutscher Politiker nicht existiert, hat zweifellos den VDS-Vertretern zu einer realeren Einschätzung ihrer eigenen Lage und ihrer Aufgaben an den westdeutschen Universitäten verholfen.

Es wäre wünschenswert, daß diese, in ihren Ansätzen reale Haltung des VDS zu den Problemen der westdeutschen Universität sich auch ausdehnt auf die Beziehungen der Studenten der beiden deutschen Staaten.

zitiert und glossiert

Frankfurter Allgemeine 14. 1. 1965

„Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?“
 BONN, 13. Januar (AP). Ein Referent der Abteilung I beim Bundespostministerium hat den Verband Deutscher Studentenschaft wissen lassen, daß das Motiv des VIII. Deutschen Studentenlagers als Absender-Freistempel nicht verwendet werden dürfe. Der Satz „Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?“ verleihe gegen die Ausführungsbestimmungen des Paragraphen 7, Absatz 2, der Postordnung, die unter anderem politische Werbung untersagt. Die Studenten wollen es nun mit der Frage versuchen: „Was ist der Staat dem Nachwuchs wert?“

Spandauer Volksblatt 16. 1. 1965

Hans Mayer heute
 Im internationalen Studentenheim Eichkamp sprach Professor Hans Mayer über Jean-Paul Sartre und sein Werk. Er stellte das neue Buch „Les mots“ vor, das er ins Deutsche übersetzt hat. Sartres Vortrag verstand er nicht als strenge „conférence“, sondern als „causerie“, was man allerdings nur tun sollte, wenn es nicht als Vorwand dazu dient, um Gemeinsamkeiten, Familiengeschichten und Anekdoten erzählen zu können, statt Literaturwissenschaft zu betreiben. Gerade auf strenge Analyse aber, die bei Sartre zumal eine politische sein muß, verzichtete er, um so entscheidender bei einem Mann wie Hans Mayer, der sich besonders in den fünfziger Jahren als bedeutender Literaturwissenschaftler ausgewiesen hat, der aber heute vom westdeutschen Literaturbetrieb integriert werden ist.

Glück gehabt

Als vor wenigen Wochen der kongolische Quisting Moise Tshombe Westberlin einen Besuch abstattete, fanden das Mitglieder des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) ein starkes Stück. Sie machten aus ihrer Antipathie gegen den blutbedeckten Mörder im besonderen und offizielle Empfänge für Leute seines Schlages durch Westberliner Politiker im allgemeinen keinen Hehl und gingen auf die Straße.

Meinten gut unterrichtete Kreise dazu: Die Studenten würden schon sehen, was sie davon hätten. Der Akademische Senat der „Freien“ Universität erwäge ein Verfahren gegen den SDS, um der Vereitelung die Förderungsmöglichkeiten an der FU zu versagen und die Vorstandsmitglieder zu exmatrikulieren.

Das Rektorat der FU dementierte postwendend und entschied am 7. Januar: Anträge auf Einleitung eines Verfahrens gegen den SDS liegen noch nicht vor, und die nächste Sitzung des Akademischen Senats sei schon am 13. Januar.

Der Termin für die nächste Senatsitzung ist noch nicht bekannt.



Westberliner Studenten protestieren auf originelle Weise gegen das Wiederaufleben des Korporationswesens an den höchsten Bildungseinrichtungen. Vor dem Eingang zum Auditorium maximum der Dahlemer Universität zeigen sie Plakate, auf denen das Mensurenfechten, die Trinksitzen und die sklavische Abhängigkeit von den Alten Herren karikiert wird (unser Bild).

Zu denjenigen, die der buntbemittelten Elite zum come back an den bundesdeutschen Universitäten verholfen haben, gehört nicht zuletzt auch der VDS, in dessen Führung der Einfluß der Korporierten beständig wächst. So kommt es, daß es heute in der Führung des „Interessenvertreters“ der studentischen Jugend Westdeutschlands Leute gibt, die einen besonders wichtigen und für die Demokratie wertvollen Bildungsbeitrag von den Korporierten erwarten.

Foto: Zentralbild
 UZ 4/65, Seite 4